

### Vermittlung der EU im Gaskonflikt

Rahr, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rahr, A. (2009). *Vermittlung der EU im Gaskonflikt*. (DGAPaktuell, 6). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-128779>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Vermittlung der EU im Gaskonflikt

*Zwischen Moskau und Kiew droht der Gaskonflikt erneut zu eskalieren. Die Ukraine kann ihre Gasrechnung an Russland nur mit Mühe bezahlen und gerät in Verzug bei der Auffüllung ihrer Gasspeicher, die wiederum für die Energieversorgung Europas eine wichtige Rolle spielen. Der Westen, besorgt um die Energieversorgung Europas im kommenden Herbst und Winter, stellt der Ukraine einen Milliardenkredit zur Verfügung. Doch die Ukraine benötigt zusätzliche Kredite für die Rettung ihres Sozialsystems. In der Ukraine beginnt der Präsidentschaftswahlkampf. Die Umfragergebnisse für den Amtsinhaber Viktor Juschtschenko liegen bei 3 Prozent. Beste Chancen werden dem Kandidaten der Ostukraine, Viktor Janukowitsch, eingeräumt. In den nächsten Monaten kann noch mehr Unvorhergesehenes passieren, denn von allen osteuropäischen Ländern ist die Ukraine von der Finanzkrise am heftigsten betroffen. Manche Experten befürchten einen Staatsbankrott. Vor diesem dramatischen Hintergrund organisierte der internationale Think-Tank »Yalta European Strategy« (YES) am 16./17. Juni Sondierungsgespräche mit den Präsidentschaftsanwärtern der Ukraine in Kiew, denen der Autor dieses Berichts beiwohnte. Darüber hinaus hatte die DGAP hochrangige russische und ukrainische Parlamentsabgeordnete zu Gesprächen über Wege der Beilegung des Gasstreits unter Vermittlung deutscher Politiker und Experten am 22. Juni nach Berlin eingeladen.*

### Neuer Gasstreit

In den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts kaufte Westeuropa jährlich 5 Mrd. Kubikmeter Erdgas in Russland, in den achtziger und neunziger Jahren wuchs der Betrag auf 50 beziehungsweise 130 Mrd. Kubikmeter an und liegt heute bei 161 Mrd. jährlich. 2030 wird die EU-Nachfrage über 300 Mrd. Kubikmeter betragen. Das russische Gas hat jedoch nur einen Anteil von 25 Prozent am gesamten EU-Gaskonsum, so dass die westlichen Abhängigkeiten von Moskau relativiert werden müssen. Die russischen Teilnehmer der deutsch-russisch-ukrainischen Konferenz, wie die Vize-

präsidenten der Duma, Walerij Jasew und Lubow Slizka, sehen die Ursache des Gaskonflikts im Transportmonopolismus der Ukraine. Sie fordern eine Diversifizierung der russischen Erdgasversorgung Europas durch neue Pipelines über die Ostsee (Nord Stream) und das Schwarze Meer (South Stream). Doch auch diese alternativen Versorgungsrouten werden nicht verhindern, dass der Haupttransit des russischen Erdgases nach Westen weiterhin über das Territorium der Ukraine laufen wird. Da über 90 Prozent des ukrainischen Pipelinenetzes veraltet sind, muss die Transitinfrastruktur modernisiert werden. Die Kosten für die Renovierung belaufen sich, laut russischen Schätzungen, auf 15 Mrd.

Euro, die Kiew nicht aufbringen kann. Der ukrainische Abgeordnete der BJuT-Partei, Jurij Polyneew, sagt, die Regierung habe in der Finanzkrise die Tarife für die einheimische Industrie senken müssen, was die Einkünfte des Staates aus der Energiewirtschaft enorm mindert.

Russland, die Ukraine und die EU streiten sich über die Finanzierungsmodalitäten. Vor acht Jahren entwickelten Deutschland, Russland und die Ukraine die Idee eines Gaskonsortiums. Kiew sollte das Pipelinenetz an russische, ukrainische und westeuropäische Energiekonzerne veräußern, möglicherweise auch leasen. Diese würden dann die Verantwortung für den Gastransit nach Europa übernehmen. Das Vorhaben scheiterte, weil staatliche Kreise in Russland und der Ukraine die Korruptionsmechanismen beim Gashandeln nicht verändern wollten. Die Intransparenz des Gasgeschäftes in der Ukraine scheint der Auslöser der russisch-ukrainischen Gaskonflikte zu sein. Der Gastransit ist mit etwa 2 Mrd. Dollar pro Jahr die größte Einkommensquelle des Staatsbudgets. In Kiew vermutet man, dass Moskau gerade mit der Politik des Gasabdrehens die Ukraine zum Verkauf ihres Gaspipelinesystems an Gazprom zwingen will.

Im März 2009 offerierte die EU der ukrainischen Regierung einen Kredit von 3 Mrd. Euro zur Modernisierung des ukrainischen Gasleitungsnetzes, ohne zuvor Russland zu konsultieren. In der Tat kann eine vernünftige Modernisierung des Streckennetzes, über das 80 Prozent der russischen Gaslieferungen nach Europa fließen, kaum gegen die Interessen des einzigen Gaslieferanten – Gazprom – durchgeführt werden. Doch für den auf die Westintegration fixierten Juschtschenko gilt es, die Abhängigkeiten von Russland so weit wie möglich gegen die vom Westen auszutauschen. Später relativierten Brüssel und Kiew ihre Absprachen und richteten ein Kooperationsangebot an Russland. Tatsächlich werden russische und westliche Konzerne nur dann in das ukrainische Transitnetz investieren, wenn sie dafür Eigentumsrechte erwerben dürfen. Doch kein ukrainischer Politiker will sich die Blöße eines Ausverkaufs des »Tafelsilbers« geben. Laut dem ukrainischen Parlamentsabgeordneten Taras Tschernowol, stellt für

die Ukraine die Kontrolle über das Pipelinenetz das wichtigste Symbol ihrer Souveränität dar.

Beobachter befürchten einen Energiekollaps der Ukraine. Das Land kauft jährlich für 10 Mrd. Dollar Erdgas in Russland, doch kann es die Rechnung nicht mehr bezahlen. Eine Drosselung der russischen Gaslieferungen macht Kiew durch das Abzweigen des Erdgases aus Transitnetzen nach Europa wett. Kiew verlangt von Moskau erhöhte Transitgebühren, Moskau argumentiert, es habe die Transitgebühren bereits vorgestreckt. Einen von Wladimir Putin angebotenen Extrakredit von 5 Mrd. Dollar will Kiew aus Angst vor Abhängigkeiten nicht annehmen. Letztendlich könnte sich die EU, aus Sorge um die eigene Energieversorgungssicherheit, das russische Gas direkt an der russisch-ukrainischen Grenze kaufen und sich selbst mit Kiew über den Transit der Ware über ukrainisches Territorium nach Westen verständigen. Russland ist gegen diesen Vorschlag, weil es dann jegliche Chancen auf den Erwerb ukrainischer Durchleitungsnetze verlieren wird.

Russland sitzt im Gasstreit mit der Ukraine nicht am längeren Hebel. Es droht ein Streit zwischen Moskau und dem zweitwichtigsten Transitland für den Erdgasexport nach Westen: Belarus. Wie die Ukraine, will auch Belarus weiterhin verbilligtes Erdgas aus Russland beziehen. Sollten sich Kiew und Minsk zu einem »Transitkartell« gegen Russland zusammenschließen, müsste Moskau, da noch keine alternativen Transportrouten über die Ostsee existieren, den Transitländern Zugeständnisse machen. Die EU möchte nicht mehr als Geisel für die Streitigkeiten zwischen dem Exporteur und Transporteur genommen werden und scheint ernst zu machen mit dem Bau der Nabucco-Pipeline, die Europa direkt mit dem Kaspischen Raum verbinden soll. Die zentralasiatischen Länder wenden sich langsam Europa und der Idee der Nabucco-Pipeline zu. Sie sind es leid, in ihren Exportmöglichkeiten durch das russische Transitmonopol eingeengt zu sein. Ob letztlich die Nabucco-Pipeline gebaut wird, hängt aber von der Integration des Irans in das Gaskonsortium ab. Ohne Teilnahme des Irans müsste das Gas aus Zentralasien über eine Unterwasserpipeline über das

Kaspische Meer gelegt werden. Der gegenwärtige Rechtsstatus des Kaspischen Meeres erfordert dafür allerdings die Einwilligung aller Anrainer, also auch Russlands und des Irans.

Russland hatte geglaubt, die Schwächen seiner Nachbarn in der Finanzkrise zu einer neuen Investitionstätigkeit auf deren Märkte zu nutzen. Der inzwischen auf über 70 Dollar pro Barrel angestiegene Ölmarktpreis füllt das russische Staatsbudget mit neuen Petro-Dollars. Der russische Reservefonds konkurriert in Ländern wie der Ukraine mit dem auf 60 Milliarden aufgestockten Budget des IWF. Die geopolitischen Rivalitäten zwischen dem Westen und Russland sind durch die Finanzkrise keineswegs beseitigt. Eine zentrale Frage für die europäische Energiesicherheit bleibt, ob sich nach der ukrainischen Präsidentschaftswahl die Wogen glätten lassen.

### Wer wird ukrainischer Präsident?

In der Ukraine ist Präsident Juschtschenko politisch abgestürzt. Die Ukraine ist seit der Orangenfarbenen Revolution kaum reformiert worden. Das politische System ist nicht gefestigt, Präsident und Parlament blockieren sich gegenseitig. Die Eliten streiten sich erbittert darüber, ob das Land eine präsidentiale oder parlamentarische Ordnung erhalten soll. Die drei Spitzenpolitiker des Landes, Viktor Juschtschenko, Premierministerin Julia Timoschenko und Viktor Janukowitsch, sind unfähig zu bindenden Koalitionsabschlüssen. Juschtschenko bezichtigt Timoschenko und Janukowitsch der russischen Agentenschaft. Timoschenko bezichtigt Juschtschenko der Korruption und Janukowitsch der gezielten »Russifizierung« des Landes. Janukowitsch kritisiert den sozialen Populismus Timoschenkos und die politische Ohnmacht Juschtschenkos.

Außenpolitik spielt im Wahlkampf keine Rolle. Die Ukrainer hegen kaum mehr Illusionen auf einen schnellen Beitritt zur EU oder NATO. Zwar ist die Ukraine formal der WTO beigetreten, doch strukturelle und rechtliche Probleme behindern die Schaffung einer Freihandelszone mit der EU. Die Wirtschaft des Landes

ist nicht diversifiziert, die energieintensive ukrainische Industrie hängt in dramatischer Weise von russischen Gaslieferungen ab. Ohne IWF-Kredite kann die Ukraine nicht überleben. Der IWF hat der Ukraine einen Kredit von 16 Mrd. US-Dollar in Aussicht gestellt, der in vier Tranchen ausbezahlt wird. Die ersten beiden Tranchen von 4,5 beziehungsweise 2,8 Mrd. US-Dollar sind an Kiew überweisen worden. Der IWF hat bei der Kreditvergabe seine strengen Auflagen im Vergleich zu anderen hilfsbedürftigen Ländern Mittelosteuropas radikal gesenkt. Die ukrainische Regierung darf, entgegen der sonstigen Regeln des Währungsfonds, den Kredit für eigene Sozialtransfers, sprich Renten- und Lohnzahlungen, verwenden. Im Fall der Ukraine drückt der Westen beide Augen zu: soziale Unruhen oder einen politischen Kollaps der Ukraine gilt es um jeden Preis zu verhindern.

Die YES Expertengruppe, mit dem polnischen Ex-Präsident Alexander Kwasniewski an der Spitze, traf sich mit den Präsidentschaftskandidaten Janukowitsch, Timoschenko und dem 35-jährigen Ex-Parlamentssprecher Arsenij Jazenjuk. Letzterer agitiert seine Wähler mit der einfachen Losung, die »verbrauchte Troika« Juschtschenko, Timoschenko, Janukowitsch davonzujagen. Jazenjuk ist intelligent genug, sich von seinen Kontrahenten nicht zu einem typischen Westukrainer abstempeln zu lassen. Er weiß, dass er ohne die Stimmen der Ukrainer im Osten des Landes nicht gewinnen kann.

Janukowitsch und Jazenjuk verstehen nicht, warum der IWF seine Kredite direkt an die Regierung (also an Timoschenko) vergibt. Janukowitsch sieht die Zukunft der Ukraine als Brücke zwischen Europa und Asien. Damit liegt er im Widerspruch zu Juschtschenko, der keine Zweifel an der hundertprozentigen Integration der Ukraine in den Westen hegt. Timoschenko zeigt sich ebenfalls siegessicher. Sie bezeichnet Jazenjuk als »Kinderüberraschung«. Gleichzeitig warnt sie den Westen vor einem Sieg von Janukowitsch, der die Ukraine als sein »persönliches Business-Projekt« begreife. Timoschenko appelliert an den Westen, die nächsten Tranchen der IWF-Mittel zügig auszuzahlen.

Der Westen glaubt, dass eine unabhängige Ukraine eine Garantie gegen ein widererstarktes imperiales Russland sei. Ukrainische Politiker haben erkannt, dass sie über das Heraufbeschwören von russischen Bedrohungsszenarien Sympathien ernten können. Mehr denn je muss westliche Politik deshalb darauf gerichtet sein, Russland und die Ukraine gemeinsam in strategische Partnerschaften zu integrieren. Die von der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft vorgestellte östliche Partnerschaftsstrategie muss um den Faktor Russland korrigiert werden. Der Abgeordnete der Partei der Regionen, Leonid Koshara, glaubt, dass sich nach der Abwahl von Juschtschenko die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew entspannen werden. Mit einem neuen Staatsoberhaupt werden die Fixierung auf eine Gegnerschaft mit Russland beendet und neue Handlungsoptionen möglich.

Die Zukunft der Ukraine wird durch die Präsidentschaftswahlen am 17. Januar 2010 keineswegs entschieden. Sollte Timoschenko gegen Janukowitsch verlieren, wird sie alles daran setzen, die Präsidentialrepublik in der Ukraine abzuschaffen und durch eine parlamentarische Republik mit ihr als Ministerpräsidentin an der Spitze zu ersetzen. Wird Timoschenko neue Präsidentin, könnte sie gewillt sein, das Parlament und die Regierung zu schwächen, um den alleinigen Machtanspruch zu festigen.

Die Stabilisierung der Ukraine ist eine wichtige Aufgabe der EU-Politik. Die nächste deutsche Bundesregierung wird an dieser akuten Frage nicht vorbeikommen. Es ist gut, dass der IWF sich so intensiv dem Problem-

kind Ukraine zugewandt hat. Noch verfügt der Westen über die notwendigen Finanzmittel, um diesem Land mit der zweitgrößten Bevölkerung Osteuropas unter die Arme zu greifen. Was zu verhindern ist, wären neue Rivalitäten zwischen der EU und Russland um die Zugehörigkeit der Ukraine zum Gemeinsamen Wirtschaftsraum mit Russland oder einer Freihandelszone mit der EU. Die Einigung auf ein trilaterales Gaskonsortium könnte der erste Schritt zu einer konstruktiven Zusammenarbeit auch auf anderen Ebenen werden.



Alexander Rahr  
<rahr@dgap.org>

In Kiew Hintergrundgespräche mit den Präsidentschaftsanwärtern Arsenij Jazenjuk, Viktor Janukowitsch und Julia Timoschenko  
16./17. Juni 2009

Veranstalter:  
»Yalta European Strategy« (YES)

Russland, Ukraine und die Östliche Partnerschaft der EU  
22. Juni 2009 in Berlin

Veranstalter:  
DGAP